



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 247

Wilhelmshaven

September 2009

Bundestagswahl 2009



Wählen Sie:

Warum gibt es immer noch keinen Investoren- und Architektenwettbewerb zur Bebauung der Wiesbadenbrücke? Diese Frage stellen wir auf Seite 2.

Ein Wahl-Special ist diese Ausgabe nicht geworden. Auf den Seiten 3 und 4 finden Sie einige hoffentlich hilfreiche Informationen über die DirektkandidatInnen im Wahlkreis 27.

Ganz im Zeichen von "Hartz IV und Recht" stand die Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative im August. Wir berichten auf Seite 5.

Eine spannende Ratssitzung gab es im August. Auf den Seiten 6 und 7 geht es um Steinschlag und Schutthalden – zumindest bei unserer Mitarbeiterin.

Was ist der JadeWeserPort ohne Güterverkehrszentrum? Nichts mehr als eine Kaikante, behaupten wir auf Seite 8.

Die momentane Stimmung in den Genehmigungsbehörden ist ausgesprochen industriefreundlich. Wie es bei der Genehmigung für die Erweiterung der Wilhelmshavener Raffinerie zugeht, können Sie auf Seite 9 nachlesen.

Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass der JadeWeserPort technisch auf dem neuesten Stand gebaut wird. Zumindest was die Stromversorgung der Schiffe angeht, haben wir da unsere Zweifel. Lesen Sie Seite 10.

"Werthers Echte" gab es nicht – der Jugendclub des Jungen Theaters bot den WilhelmshavenerInnen allerdings einen echt guten Werther – was Werther 1775 und 2009 bedeutet, haben wir auf Seite 11 niedergeschrieben.

meldungen

Tüchtig ins Schwimmen

ist mal wieder die Stadt Wilhelmshaven gekommen. Es sieht so aus, als würde sich die Bebauung der Wiesbadenbrücke auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Die Ursache dafür ist, wie so oft in Wilhelmshaven, wohl bei Oberbürgermeister Eberhard Menzel zu finden.

Unsere Anfrage bei der Stadt Wilhelmshaven, wann der seit Monaten überfällige Architekten- und Investorenwettbewerb zur Bebauung der Wiesbadenbrücke gestartet wird und welche Vorgaben bisher erarbeitet wurden, beantwortete der Pressesprecher der Stadt, Arnold Preuß, wie folgt: *Zu Ihrer Frage nach dem Stand des Investoren- und Architektenwettbewerbes Wiesbadenbrücke kann ich Ihnen heute nur sagen, dass z. Z. Gespräche laufen zwischen den Rechteinhabern.*

Im Rahmen dieser Gespräche wurde zwischen den Parteien Diskretion vereinbart. Ohne diese vorherige Klärung stimmt der Eigentümer einer Ausschreibung nicht zu.

Was steckt dahinter? Es geht wohl in erster Linie darum, dass die Firma Linde, die auf dem Gelände ein Werk betreibt, mit der gebotenen Kaufsumme für das (Erpacht-) Grundstück nicht einverstanden ist.

Die Stadt möchte inzwischen wohl, dass Linde enteignet wird – enteignen geht aber nur, wenn der zu Enteignende (in diesem Falle also Linde) einem öffentlichen Interesse im Wege steht. Doch Linde ist ja bereit zu verkaufen, möchte jedoch gewährleistet sehen, dass sie genügend Geld bekommen, um die Betriebsstätte an anderer Stelle neu errichten zu können. Und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA), die Eigentümerin des Grundstückes, kommt in einer solchen Situation ja auch gehörig ins argumentative Schlingern.

Schließlich gibt es in Wilhelmshaven die Toberische ICP, die für die Bebauung eine Planung vorgelegt hat, die beinahe bis aufs i-Tüpfelchen mit den Vorstellungen der Stadtplanung übereinstimmt. Des Weiteren hat Tober zusammen mit der Firma Linde bereits einen Vertrag erarbeitet, und er könnte sofort in die notarielle Phase eintreten, wenn es da nicht plötzlich Störfeuer seitens der BlmA gegeben hätte, welches eindeutig von der Stadt Wilhelmshaven initiiert wurde.

Die Frage, warum Tober das Grundstück nicht bebauen soll, kann wohl nur unser Oberbürgermeister beantworten. Das scheint sich alles im nicht mehr rational nachvollziehbaren Rahmen zu bewegen.

Die Nachteile hat natürlich einerseits die Firma des Herrn Tober, die schon 1,5 Millionen Euro in das Projekt investiert hat; der Nachteil für die Stadt Wilhelmshaven dürfte allerdings noch schwerer wiegen. Denn selbst, wenn ein Zwangsenteignungsverfahren in Gang gesetzt werden sollte, würde ein solches Verfahren sich wohl über Jahre hinziehen, ohne dass auf der Wiesbadenbrücke mit dem Bau begonnen werden kann.

Wie lange sich Rat und Verwaltung diese Spielchen wohl noch anschauen? (hk)

Hallo?

Was tut sich in der Alten Molkerei?

In der Ausgabe 241 haben wir über den Chaos-Kultur-Verein berichtet. Wer Platz für eine Ausstellung, einen Vortrag, einen Yogakurs oder was auch immer für eine kulturelle Aktivität suchte, sollte diesen in der Alten Molkerei finden, hieß es da, und: *„Völlig unkonventionell und mit viel Tatendrang und Liebe zum Detail wird hier gewerkelt und gearbeitet, was das Zeug hält, um in unserer Stadt eine Location zu schaffen, die dem Ziel dient, jedermann die Möglichkeit zu bieten, alles auf die Beine zu stellen, was in den eigenen vier Wänden meist nicht umzusetzen ist.“*

Jetzt beteiligt sich die Alte Molkerei am Netzwerk gegen die Krise, und dieses veranstaltet sein nächstes Treffen am 10.09. nicht in, sondern **hinter** der Alten Molkerei (und hofft auf einen schönen trockenen Spätsommerabend).

Was ist los?

Der Chaos-Kultur-Verein e.V. stößt auf bürokratische Hindernisse, mit denen die Aktiven, die vor über zwei Jahren die Idee hatten, das schöne alte Gebäude mit kulturellem Leben zu erfüllen, nicht gerechnet haben.

Offensichtlich steht das Gebäude, das jahrelang als Lager genutzt wurde, immer noch als Molkerei im Kataster. Was der Chaos-Kultur-Verein damit vorhat, ist eine Nutzungsänderung, und eine solche ist genehmigungspflichtig. Beim Versuch, diese Genehmigung zu erhalten, stellt der Verein immer wieder fest, dass die Katze sich selbst in den Schwanz beißt: Zuerst muss dies getan sein, bevor jenes möglich ist, aber jenes muss zuerst erledigt sein. Ein Chaos!

Vor ca. einem Jahr hat sich der (gemeinnützige) Verein gegründet und eingetragen lassen, und er zählt inzwischen 46 Mitglieder. Er ist Mieter des Gebäudes, doch momentan darf dieses nicht „öffentlich“ genutzt werden. Von dem Verbot sind sogar Vereinsversammlungen betroffen, obwohl solche doch eigentlich geschlossene Veranstaltungen sind.

Hilfe!

Ein städtisches Argument gegen die Nutzungsänderung scheint darin zu bestehen, dass ein Kulturverein Verkehr und Lärm bedingt. Wäre dieser Teil der Genossenschaftsstraße ein Wohngebiet, wären solche Bedenken unbedingt zu verstehen. Er ist allerdings ein Mischgebiet, und wie man wen zwischen einem Lokal mit Kegelhalle und einer Tischlerei, unter einer Einflugschneise mit regelmäßigen Flugübungen und nahe bei der Güterstraße, mit Ausstellungen und Lesungen nennenswert stören kann, haben die Vereinsmitglieder noch nicht so ganz verstanden. Sie wären sehr dankbar für Hilfe. Ein kulturell interessierter Architekt, der als „Entwurfsverfasser“ tätig werden könnte, jemand, oder die juristisch gebildet ist – solche Menschen wären bestimmt höchst willkommene Vereinsmitglieder. (noa)

Nächste ALI-Versammlung

Die Sozialgerichte sind bundesweit mit den anhängigen und eingehenden Klagen zum Arbeitslosengeld II (Harz IV) überlastet. Viele Bescheide sind für die betroffenen Menschen immer noch nicht verständlich bzw. nachvollziehbar.

Welche Fehler auftreten können und wie bei diesen Fehlern reagiert werden muss, wird die Arbeitsloseninitiative (ALI) in der öffentlichen Monatsveranstaltung am Dienstag, den 08. September 2009 um 10.00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weserstr. 51, behandeln. Hierzu hat die ALI Herr Hartwig Karasch, Rechtsanwalt aus Wilhelmshaven, eingeladen, der über seine Erfahrungen mit diesem Thema referieren wird.



Die Krise findet Stadt

- so lautet das Motto eines bundesweiten Aktionstages am 17. September. In vielen Städten wird es Aktionen gegen die Krise und die Krisenbewältigung durch den Staat geben. Auch in Wilhelmshaven hat sich jüngst ein „Netzwerk gegen die Krise“ gegründet. Bislang ist die Basis noch nicht allzu breit. Die Antifaschistische Bildungsinitiative (antifa-bi), die Linke, die LAW und die Alte Molkerei hoffen auf weitere Menschen und Gruppen, *„die sich einbringen wollen, um sich der Krise und dem staatlichen Krisenmanagement entgegenzustellen, die nicht nur am 17.09., sondern auch darüber hinaus bereit sind, gemeinsam die Krise zu bewältigen, sich zu informieren und Bewusstsein zu schaffen für das, was geschieht“* (aus dem Aufruf des Netzwerkes).

Das Netzwerk trifft sich am 10. September um 18 Uhr hinter der Alten Molkerei (Genossenschaftsstraße 50) zur Planung und Vorbereitung. (noa)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0322-23755199
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63
 Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
 jeweils zum Monatsbeginn
 Erscheinungstag dieser Ausgabe: 08.09.2009

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonders bedanken wir uns diesmal bei Acki Tjaden und Jochen Martin (jm)!

Sie haben die Wahl

Oder: Wer die Wahl hat ...

(red) Am 27. September ist Bundestagswahl. Von großspurigen Wahlkampfversprechen und taktischen Schachzügen der Parteien sollten Sie sich nicht beeindrucken lassen. Wir geben Ihnen Entscheidungshilfen.

Am 27. September 2009 sind rund 62 Millionen Bundesbürger/innen zur Wahl des 17. Bundestages aufgerufen. Mit ihrer Erststimme bestimmen die Wähler ihren Wahlkreisbewerber, mit der Zweitstimme entscheiden sie über das Kräfteverhältnis der Parteien im Bundestag. Erst ab fünf Prozent aller abgegebenen Stimmen ist eine Partei im Bundestag vertreten, oder aber sie erringt mindestens drei Direktmandate und wird bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten berücksichtigt.

Über die Mehrheit im Bundestag entscheidet zunächst das Verhältnis der von den Parteien gewonnenen Zweitstimmen. Die Hälfte der insgesamt 598 Abgeordneten sind Politiker, die in ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen bekommen haben. Die andere Hälfte zieht über die Landeslisten ein. Die Zahl der Direktmandate kann die eigentlich nach dem Zweitstimmenanteil festgelegte Sitzverteilung im Plenum stark verändern. Gewinnt eine Partei mehr Direktmandate, als ihr gemäß der Verteilung der Zweitstimmen zustehen, so bleiben ihr diese so genannten Überhangmandate trotzdem erhalten.

In unserem Wahlkreis treten sechs Personen an, um das Direktmandat zu erringen. Fünf davon werden wir Ihnen kurz vorstellen. Neben SPD, CDU, FDP, Grünen und Linken treten noch die NPD, die Tierschutzpartei, die MLPD, die DVU, ödp, Die Piraten und die Rentnerpartei RRP an.

Eine wirkliche Empfehlung können wir Ihnen natürlich nicht geben – aber die LeserInnen des Gegenwind sind mit Sicherheit politisch so gut drauf, dass sie schon das richtige Kreuz an der richtigen Stelle machen werden.

● SPD

Frau Karin Evers-Meyer (SPD) ist Abgeordnete des deutschen Bundestages und Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und tritt zur Bundestagswahl als Direktkandidatin für den Wahlkreis 27 Wilhelmshaven/Friesland an.

Karin Evers-Meyer, die nach eigener Einschätzung hier *„sehr viel Zuspruch und positive Rückmeldungen zu unserer Arbeit in den vergangenen Jahren“* erhält, geht davon aus, dass das Wahlergebnis besser sein wird, als es die derzeitigen Umfragen vermuten lassen.

Karin Evers-Meyer ist eine Politikerin des Friedens. Bei zahllosen Gesetzesentwürfen stimmte sie für die Einsätze der Bundeswehr, um den „Frieden“ in der Welt zu sichern. So unterstützte sie Anträge zur Verlängerung des Einsatzes in Afghanistan, im Libanon und im Kosovo und trug so zur Verteidigung der BRD und zur Sicherung des Friedens in aller Welt bei. Selbstverständlich ist sie auch für die Erhaltung der Wehrpflicht, denn ohne Armee kein Frieden.

Dazu Frau Evers-Meyer zum Gegenwind: *„Wir schicken die Bundeswehr in Auslandseinsätze, die dazu dienen, Frieden zu sichern und Stabilität zu schaffen. Ob auf dem Balkan oder in Afghanistan: Es geht darum, mit Hilfe der Bundeswehr, der Polizei und ziviler*

Hilfsorganisationen beim Wiederaufbau zu helfen und die Staaten darin zu unterstützen, wieder selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.“

Über ihre Berufung ins Steinmeiersche Kompetenzteam sagte sie: *„Frank-Walter Steinmeier will Bundeskanzler werden und diesen Anspruch macht er deutlich. Er hat einen ehrgeizigen Plan für die Zukunft unseres Landes vorgelegt. Er hat klare Vorstellungen darüber, wohin sich Deutschland in den kommenden zehn Jahren entwickeln soll: hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit, hin zu echter Gleichstellung in Wirtschaft und Gesellschaft, hin zu langfristigem und nachhaltigem Wirtschaften. Dafür hat er ein sehr gutes Team aus motivierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern zusammengestellt. Ich bin stolz darauf, Teil dieses Teams zu sein.“*

Natürlich hat sie auch etwas zur Region im Programm: *„In den kommenden vier Jahren wird es wichtig sein, dass der JadeWeserPort wie geplant fertiggestellt und an das Schienennetz angebunden wird. Ich will mich außerdem dafür einsetzen, dass wir am Hafen ein leistungsfähiges Güterverkehrszentrum bekommen.“*

● Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen sind seit 1983 im Bundestag vertreten. Im Wahlkreis WHV / FRI erreichten sie 1987 (ein Jahr nach der Katastrophe von Tschernobyl) 7,5% der Zweitstimmen (2005: 5,8%).

Bei ihrem Besuch in Wilhelmshaven Anfang August stellte die Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer die Eckpunkte des grünen Wahlprogramms vor. *„Der Blaumann wird Grün“* lautet das Motto der Partei zur kommenden Bundestagswahl, womit umschrieben wird, dass Ökologie und Ökonomie keine konkurrierenden Interessen sind, sondern nur miteinander funktionieren. Mit dem *„Green New Deal“* (*„Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag“*) wollen die Grünen erreichen, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Sie wollen eine soziale und ökologische Wirtschaftsordnung. Eine Mio. neue Jobs ließen sich mit grünen Ideen schaffen, davon 350.000 im Bereich erneuerbarer Energien und Gebäudesanierung, 185.000 in der Bildung, 210.000 für Gesundheit und Soziales und 200.000 durch Abbau von Schwarzarbeit.

Direktkandidat für den Wahlkreis 27 FRI-WHV ist Peter Sokolowski, Vorsitzender des grünen Kreisverbandes Wilhelmshaven, 45 Jahre alt, von Beruf Dipl.-Sozialpädagoge und Dipl.-Sozialarbeiter, seit 15 Jahren im Bereich der Pädagogischen Frühförderung tätig. Größere öffentliche Bekanntheit gewann Sokolowski als Sprecher der Bürgerinitiative *„Zeche Rüsterei Groden“* (gegen Kohlekraftwerke – für Klimaschutz). Für ihn sind die Hafen- und Industrieansiedlungen in Wilhelmshaven nicht kompatibel mit dem Tourismus als prägendem Wirtschaftsfaktor der Region. Er ist überzeugt, *„dass letztlich nur bun-*

despolitisches Engagement den klimatischen Supergau, zu dem Wilhelmshaven in Zukunft kräftig beitragen soll, verhindern kann.“

„Aus der Krise hilft nur Grün“ ist Sokolowskis Wahlkampf-Infoblatt überschrieben. Daraus einige konkrete Forderungen:

- Grundsicherung für alle Kinder bis 18 Jahre: 330 Euro monatlich
- Mindestlöhne: 7,50 Euro
- ALG II: Anhebung auf 420 Euro monatlich
- Bildung: Gemeinsames Lernen bis zur 9. Klasse, kein Turbo-Abitur
- Energie: Atomkraftwerke abschalten, keine neuen Kohlekraftwerke, Erneuerbare Energien ausbauen

● CDU

Für die CDU geht auch diesmal wieder der Zeteler Hans-Werner Kammer in den Bundestagswahlkampf. Was kann der Gegenwind zum CDU-Kandidaten schreiben? Seine vehementen Verteidigungsreden gegen die Abschiebep Praxis-Liberalisierungspläne von Grünen und Linken? Das unterscheidet Kammer ja nicht von den meisten CDU- und SPD-Politikern. Sein Internetauftritt (hans-werner-kammer.de) macht einen eher stiefmütterlich behandelten Eindruck. Hier hat er aber immerhin seine Bundestagsreden veröffentlicht. Von März 2006 bis März 2009 hat er sich demnach 8 mal im Bundestag zu Wort gemeldet – und meistens eben gegen die Vorstöße von Linken und Grünen gegen die herrschende Abschiebep Praxis u.ä.

So richtig kann man da keinen Grund finden, warum man sich dafür einsetzen sollte, dass Hans-Werner Kammer wieder einen Sitz im nächsten Bundestag bekommt. Allerdings ist Kammer auf Platz 13 der CDU-Landesliste recht gut abgesichert.

● Die Linke

Die herrschende Politik versklavt und entrechtet einen großen Teil der in unserem Land lebenden Menschen. Unsicherheit, Frust und Verzweiflung lassen diese nur noch weit gebückt durch das Leben gehen. Demokratie aber braucht den aufrechten Bürger.

Auswirkungen der neoliberalen Politik begreifen wir ständig. Wenn ich sie nicht am eigenen Leib erfahre, so erlebe ich sie dann doch immer in allernächster Nähe bei den Menschen in der Nachbarschaft oder im Bekannten- und Verwandtenkreis. Diesen Wahnsinn zu beenden wird unsere Aufgabe, also eine Aufgabe der Partei Die Linke. sein. Die Bundestagswahl in diesem Jahr wird Zeichen setzen, Zeichen setzen, wenn es um den Fortbestand und somit um die Zukunft der Demokratie und Mitbestimmung in unserem Land geht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir in diesem Land eine Politik bekommen, die allen Menschen hier im Land gerecht wird, und für genau diesen Politikwechsel werde ich mich mit aller Kraft einsetzen.

Ich werde mich einsetzen für eine Politik, die eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist. Ich werde mich einsetzen für eine Politik, die eine Anti-Kriegs-Politik ist.

Und ich werde mich einsetzen für eine Politik, die eine moderne sozialistische Bürgerrechtspolitik ist.

Mehr Demokratie bedeutet für mich eine bessere Gesellschaft.



Fortsetzung: Sie haben die Wahl

Die vorstehenden Aussagen haben wir Anja Kindos Bewerbung um einen Platz auf der Landesliste der Linken entnommen. Hier landete sie auf Platz 24 – was nicht gerade als sicherer Platz zu bezeichnen ist.

● FDP

Die FDP schickt im Wahlkreis 27 Lübbo Meppen ins Rennen. Er ist Landwirt im Wangerland, in der dortigen FDP stellvertretender Vorsitzender, und ist auf der Landesliste nicht abgesehen.

Aus der Europa-Wahl und den drei Landtagswahlen Ende August ist die FDP gestärkt hervorgegangen – trotzdem ist natürlich für Meppen mit einem Gewinn des Direktmandats in unserem Wahlkreis nicht zu rechnen, so dass er unter "ferner liefen" fallen wird.

Meppen will Wilhelmshaven weiter industrialisieren, das Wangerland aber als Tourismusgebiet erhalten. Die Gemeinden dort halten das nicht so unbedingt für vereinbar, aber das entschiedene "Sowohl – als auch" hält Meppen auch in anderen Fragen aufrecht: In der Energieversorgung sieht er die Zukunft im Offshore-Bereich, tritt aber zugleich für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke und den Neubau von Kohlekraftwerken ein. Bezogen auf die soziale Frage sagt er das, was man als FDPler eben sagen muss: Hauptsache, der Wirtschaft geht es gut. Und deshalb dürfen die Löhne beliebig tief fallen. Das "Bürgergeld" soll es richten: Wer zu wenig zum Leben verdient, soll vom Staat etwas dazubekommen. In der gegenwärtigen Realität kennt man das schon als aufstockendes Arbeitslosengeld II.

● Der Nichtwähler

Eine immer stärker werdende Gruppe bei Wahlen ist die der Nichtwähler. Auch wenn diese Gruppe bei Bundestagswahlen noch nicht so stark ist (der Anteil der NichtwählerInnen stieg von 8,9% im Jahre 1972 auf 22,3% bei der letzten Bundestagswahl im Jahre 2005), wird diese Gruppe von allen Seiten argwöhnisch beäugt. Sie werden nach den Wahlen beschimpft; vor den Wahlen wird ihnen Honig um den Bart geschmiert und gleichzeitig wird das Nichtwählen als unpolitisch gegeißelt. Dabei sehen viele BürgerInnen keinen Sinn darin, das Wettrennen um den besten Zieleinlauf mitzumachen – sie wissen, dass sich ihre Situation durch Wahlen nicht großartig ändern wird – warum wählen, wenn doch alles gleich bleibt?

Erich Mühsam, ein deutscher politischer Aktivist, Anarchist, Publizist und Schriftsteller (1934 von den Nazis in KZ Oranienburg ermordet), schrieb 1907 seine "Naturgeschichte des Wählers". Die Zeitschrift "konkret" veröffentlichte den Text in ihrer September-Ausgabe 2009. Wir zitieren auszugsweise:

Das Prinzip der Wahl ist ein durchaus demokratisches Prinzip. Es hat die Tendenz, aus der Volksseele einen Diagonalwillen zu destillieren. Jeder Wähler erkennt mit der Ausübung seines Rechtes dieses Prinzip ausdrücklich an, das Prinzip der Berechtigung des Mehrheitswillens, das einzelne, selbständige Individuum zu unterdrücken, es den Beschlüssen der Majorität der aus der Majorisierung der Minoritäten hervorgegangenen Körperschaften gefügig zu machen, aus jeder Persönlichkeit eine Nummer im Gesamtbetriebe und aus jeder autonomen Regung eine Gefahr für

das demokratische Ganze herzustellen.

Jeder Wähler ist ein Tröpfchen von dem Öl, das die große Staatsmaschine schmiert. Was er wählen darf, ist allein das Ölkännchen, aus dem er in das Räderwerk träufeln darf, und von dem je nach der Größe des Behälters ein Schuss mehr links oder ein Schuss mehr rechts in den Apparat gegossen wird, dessen Hauptwalze sicher und exakt funktioniert, unbeirrt darum, welche von den vielen kleinen Seitenrädchen sich etwas schneller und welche sich etwas langsamer um ihre Achse drehen. Die Stimmabgabe des einzelnen Wählers hat also für den Gang der Geschicke eines Volkes ebensoviel zu bedeuten, wie der Rauch einer Zigarre, der sich im weiten Raum einer Wolke beimischt, für den Niederschlag eines Gewitters.

Für den Psychologen sind alle Wähler konservativ. Sie haben ausnahmslos das Bestreben, in das Rädchen zu fließen, das dem mächtigen Staatsrad am schnellsten vorwärts hilft. Sie erkennen damit die Notwendigkeit des Bestehenden und den Wert seiner Erhaltung an. Im Gegensatz zur konservativen Partei steht ausschließlich die Gruppe der Nichtwähler, stehen die paar Individualisten, Anarchisten, Künstler und Skeptiker, die in der Staatswalze einen Apparat erkennen, die Persönlichkeit durch die Masse zu wälzen und in jedem ihrer Räder ein Instrument, die Individualität, deren ein Riemen habhaft werden kann, zu rädern. Sie sind revolutionär. Ihr negatives Verhalten bezweckt die Unbrauchbarmachung der ganzen Maschine, entweder dadurch, dass durch das Einrostlassen aller Seitenräder die Mittelachse gezwungen wird, sich aus eigener Despotenkraft zu drehen – eine Betriebsform, die infolge der Vereinfachung des Werkes dem Individuum sehr viel weniger gefährlich ist, als die demokratische Versimpelungsfabrik –, oder durch die positive Aktion des Sabots, d. i. die gewaltsame Außerbetriebsetzung des Werks. Wirft man Seife in den Kessel, so platzt der Apparat, und seine Wirksamkeit ist vernichtet.

Der gesamte Text ist unter:

<http://ngiyaw-ebooks.org/ngiyaw/muehsam/naturgeschichte/naturgeschichte.htm> zu finden.

Ausgetrickst?

Im Frühjahr dieses Jahres trafen die CDU, die SPD, die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke eine Vereinbarung zum Plakatieren in den zwei Wahlkämpfen dieses Jahres. Bestandteil dieser Vereinbarung, die vom CDU-Kreisvorsitzenden Jörn Felbier angestoßen wurde, war die Festlegung: Begonnen wird mit dem Plakatieren am Samstag vier Wochen vor der Wahl. Der Beginn des Plakatierens wäre der 29. August gewesen. Aber am 28. August hingen an sehr guten Stellen schon haufenweise CDU- und SPD-Plakate. Linke, Grüne und FDP mussten sich nun mit den Verkehrsleitgittern und Laternenmasten begnügen, die die beiden anderen Parteien übriggelassen hatten.

Auch bezüglich der Zahl der Plakate gibt es einen Punkt in der Vereinbarung der Parteien: Höchstens 400 an 250 Standorten sollten es sein. Ohne genau nachgezählt zu haben: Mit Sicherheit sind es bei CDU und SPD mehr. Was den Bruch der Vereinbarung angeht: Da wird es bei dem geplanten Auswertungstreffen der fünf Parteien nach der Bundestagswahl wohl etwas zu klären geben! (noa)

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Spielowagen auf dem Banter Markt

Da unsere Sommerferienaktion mit dem Spielowagen auf dem Banter Markt von den Kindern aus dem Stadtteil so gut angenommen wurde, haben wir dieses Angebot verlängert.

Den ganzen September über kann bei gutem Wetter jeden Mittwoch und Freitagnachmittag von 15.30 Uhr bis 18.00 Uhr der ganze Banter Markt und die Aktionen des Spielowagens von Kindern genutzt werden.

Neben Bastelangeboten haben Kinder die Möglichkeit, z.B. Inliner und Einrad fahren zu lernen, ihre ersten Gehversuche auf Stelzen zu machen, Torwand schießen, Kicker-touren zu veranstalten, Drachen steigen zu lassen u.v.m. Bei gutem Wetter werden diese Aktionen in den Herbstferien wieder jeden Vormittag zur Öffnungszeit des Cafés stattfinden.

Herzliche Einladung an alle Kinder!

Die Eltern können in dieser Zeit gerne in unserem gemütlichen Café den selbstgebackenen Kuchen genießen.

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Dienstag bis Freitag

von 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr

Mittwoch + Freitag

von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr



hartz IV und recht

Allerlei Neues

(noa) Die Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative am 11. August stand ganz im Zeichen von "Hartz IV und Recht": Es wurden jüngere Urteile und sonstige Neuerungen im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch II erläutert.

Versicherungspauschale

"Es wird in die Taschen derer gegriffen, die auf Hartz IV angewiesen sind", beklagte Ernst Taux eine ministerielle Verordnung vom 23.07.09, in der es um die Versicherungspauschale geht. "Von dem Einkommen volljähriger Hilfebedürftiger und von dem Einkommen minderjähriger Hilfebedürftiger, soweit diese nicht mit volljährigen Hilfebedürftigen nach § 7 Abs. 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch leben," ist "ein Betrag in Höhe von 30 Euro monatlich für die Beträge zu privaten Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemessen sind", abzusetzen.

Dies trifft auf Kinder zu, deren Einkommen (Kindergeld, Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss und Wohngeld) den Regelsatz übersteigt, die also nicht in Bedarfsgemeinschaft mit ihrer Familie leben. Und die allein erziehenden Mütter oder Väter dieser Kinder haben ebenfalls Einkommen in Form der den Regelsatz übersteigenden Einkünfte ihres Kindes. Sowohl beim Kind als auch beim Elternteil sind also 30 Euro vom Einkommen abzuziehen, bevor es auf den Regelsatz angerechnet wird. Die neue Verordnung macht diesen Abzug nun davon abhängig, dass im Haushalt des betreffenden Kindes tatsächlich eine Versicherung eigens für das Kind vorhanden ist – eine Familienversicherung soll nicht gelten.

Erst kurz bevor diese Verordnung erging, hat das Bundessozialgericht in einer Einzelfallentscheidung bekräftigt, dass die Versicherungspauschale von 30 Euro sowohl beim Kind als auch beim Elternteil vom Einkommen abzuziehen ist – obwohl es im vorliegenden Fall nicht einmal Versicherungen gab (B 4 AS 39/08 R vom 13.05.09).

Das Job-Center in Wilhelmshaven hat sofort bei neuen Bescheiden die Versicherungspauschale nicht mehr berücksichtigt – eine Einkommenseinbuße von 30 Euro. Widerspruch und ggfs. Klage werden ergeben, ob die neue Verordnung hält.

GEZ: eine Erleichterung

Seit Juli 09 liegt dem Alg II-Bescheid eine Bescheinigung für die Gebühreneinzugszentrale bei. Es wird künftig nicht mehr notwendig sein, alle halbe Jahre eine beglaubigte Kopie des Bescheides nach Köln zu schicken. Gut.

Nahtloser Alg II-Bezug

Nach einem Urteil des Sozialgerichts Stuttgart muss der Bezug von Arbeitslosengeld nahtlos weitergehen, selbst wenn ein Hilfeempfänger einmal die rechtzeitige Abgabe des Folgeantrages verbaselt. Nach Startschwierigkeiten zu Beginn der Gültigkeit von Hartz IV hat es sich ja ganz gut eingespielt, dass HilfeempfängerInnen rechtzeitig an den Folgeantrag erinnert werden, aber ab und zu

klappt das dann doch nicht. Und wenn man z.B. mit dem Job-Center die Vereinbarung geschlossen hat, dass die Miete direkt zum Vermieter geht oder die GEW-Abschläge direkt an GEW überwiesen werden, würde man erst an der Mahnung der Wohnungsbaugesellschaft oder des Energielieferanten merken, dass etwas schiefgegangen ist (so etwas ist in Wilhelmshaven schon vorgekommen!).

Vermögensfreibetrag

Jeder und jede Hilfeberechtigte nach dem SGB II darf ein Vermögen von 150 Euro pro Lebensjahr besitzen. Nehmen wir mal an, ein Hartz IV-berechtigter Vater hat dieses Vermögen für sich selbst und seine Kinder zusammen auf einem Konto. Dann kann es passieren, dass er den Vermögensanteil seiner Kinder erst einmal für den Lebensunterhalt verbrauchen muss. Nach einem BSG-Urteil, das ebenfalls am 13.05.09 erging, muss das Vermögen auf den Namen dessen, dem es gehört, angelegt sein. Also: Das Spargeld für das Kind gehört auf ein Sparbuch, das auf den Namen des Kindes ausgestellt ist!

Und: Eine betriebliche Altvorsorge gehört nicht zum verwertbaren Vermögen! Das hat das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz festgestellt. Es scheint so, als hätte ein Job-Center tatsächlich versucht, einem Hartz IV-Empfänger auch dieses Geld aus der Tasche zu ziehen!

Kosten der Unterkunft

Wir haben in den beiden letzten Gegenwind-Ausgaben von den neuen "Miethöchstgrenzen" à la Wilhelmshaven berichtet. Die Stadt Wilhelmshaven hat, veranlasst durch das LSG-Urteil vom 11.12.08, gegen das das Job-Center Revision eingelegt hat, neu gerechnet. Die neuen Obergrenzen liegen einige Euro über den alten, bis zum 30. Juni geltenden, aber weit unter denen, die das Landessozialgericht für angemessen erkannt hat.

Am 23. Juli hat eine Hilfeberechtigte beim Job-Center nachgefragt und die alten Beträge genannt bekommen. Sollte der Sozialdezernent vergessen haben, seine neue Berechnung dem Job-Center mitzuteilen?

Werner Ahrens empfiehlt jedenfalls denen, die ihre Miete nicht voll gezahlt bekommen, folgendes Vorgehen: Wer einen Bescheid hat, der über den 1. Juli hinausgeht, sollte nach dem Änderungsbescheid fragen, denn ein solcher muss ergehen, wenn sich etwas ändert.

Kabelanschluss

Sofern im Mietvertrag die Zahlung von Kabelgebühren durch den Mieter vereinbart ist, gehören diese Gebühren zu den Kosten der Unterkunft und müssen vom Job-Center übernommen werden. Das hat das Bundessozialgericht am 19.02.09 festgestellt.

Kontoauszüge

Vom selben Datum ist das BSG-Urteil, demzufolge das Job-Center die Vorlage der Kontoauszüge der letzten drei Monate verlangen kann. Da man aber nicht unbedingt möchte, dass die Behörde weiß, wofür man seine paar Kröten ausgibt, dürfen die Empfänger von Zahlungen auf den Auszügen geschwärzt werden; es reicht, wenn die Überweisungsbeträge lesbar sind.

Kleinvieh macht auch Mist

Die Warmwasserpauschale ist erhöht worden. 6,79 Euro beträgt sie jetzt für einen allein

lebenden Hartz IV-Empfänger (je 6,11 Euro in einer Zwei-Personen-Bedarfsgemeinschaft, 5,43 Euro/4,75 Euro/4,07 Euro für Kinder - je nach Alter). Sie wird von den Heizkosten, die ansonsten voll zu erstatten sind, abgezogen. Der Unterschied zur vorigen Höhe beträgt bei allein Lebenden 26 Cent, bei den anderen Personengruppen etwas weniger. Es mutet kleinlich an, darüber zu klagen. Doch: Insgesamt holt der Staat sich auf diesem Weg über eine Mio. Euro monatlich aus den Taschen der Ärmsten. □

Revision schon im September?

In der letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde gesagt, dass die Revisionsverhandlung bezüglich des KdU-Urteils schon am 22. September dieses Jahres stattfinden soll. Wir konnten diesen Termin nicht verifizieren (auf der Internetseite des Bundessozialgerichts gibt es eine Terminvorschau, und da steht zwischen dem 2. und dem 30. September nichts), aber Alfred Kroll, Anwalt des Klägers in dem zur Verhandlung stehenden Fall, weiß jedenfalls, dass es noch in diesem Jahr passieren wird. Vielleicht können wir schon in der nächsten Ausgabe darüber berichten. (noa)

1. Bezirk Südstadt-Ost

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken seit 1913!

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

SPOONER

Anziehsachen

Marktstr. 19
gegenüber Hertie
26382 WHV



www.myspace.com/spooneranziehsachen

NEU Cyroline T-shirts 14,99€

Ratssplitter

Vom 19. August 2009
Weggesprengt von Imke Zwoch

Vorsicht, Steinschlag! Auf unsicherem Terrain kam mancher ins Schliddern und trat den einen oder anderen Brocken los, der nun für immer auf der Schutthalde des Wilhelmshavener Gedächtnisses liegen bleiben wird.

Meinungsvielfalt

Im Reinhard-Nieter-Krankenhaus (RNK) steckt offensichtlich der Wurm: Der Chefarzt der Frauenklinik ist nach Aurich abgewandert, ein/e Nachfolgerin ist nicht in Sicht, Geburtsstation und Krebszentrum sind kopflos, das Personal ist überlastet und unterbezahlt, gleichzeitig ist von einer neuen "Nobel-Station" für Betuchte die Rede, RNK-Verwaltungschef Brost wird offen kritisiert. Aufsichtsrat, Verwaltung, Personal, BürgerInnen, Ratsmehrheit und Opposition tauschen sich darüber in zum Teil harscher Form in den Medien aus. Die WZ und auch andere Medien geben den verschiedenen Meinungen Raum, statt als Sprachrohr des Rathauses zu fungieren. ☺ "Halbwahrheiten und Falschinformationen" sind das für OB Menzel. "Dagegen wehrt sich das Haus, mittlerweile mit rechtlichem Verlangen auf Gegendarstellung in Druckmedien der Region." Nicht sehr erfolgreich - jedenfalls schalteten der OB und Aufsichtsratsvorsitzende Ursula Aljets (SPD) am 1. August eine ganzseitige Anzeige in der WZ, in der sie ihre Sicht der Dinge verbreiteten. Die öffentliche Diskussion war damit aber nicht beendet. Mit einer Großen Anfrage wollte die BASU Licht in die Angelegenheit bringen, der OB antwortete: Die Menzel-Aljets-Annonce wurde aus dem Etat für Öffentlichkeitsarbeit des RNK bezahlt und kostete 2.600 Euro. Die "Nobelbetagen" heißen offiziell "Wahlleistungsstationen" und seien, so Menzel, "von jedermann gegen übliches Entgelt nutzbar". Die Kündigung des Chefarztes ging am 30.12.2008 bei Menzel und Brost ein. Für die Wiederbesetzung des Postens wurden bundesweit Personalagenturen ein- und Anzeigen geschaltet. Alle leitenden RNK-Ärzte haben mitgesucht. "Ab April waren die ersten Interessenten bekannt, taugten aber nicht für die Stelle oder konnten sich nicht für unsere Stadt begeistern". (Komisch, Kraftwerks- und Hafengebäude sind doch immer ganz begeistert?) In der Frauenklinik fehlen zudem 3 weitere ÄrztInnen und 3,5 AssistentInnen. (Der OB sprach allerdings immer nur in der männlichen Form - hoffentlich sucht Mann auch unter weiblichen BewerberInnen!)

Entgeltungsvielfalt

Die BASU erkundigte sich auch nach den Gehaltsstrukturen im RNK. Der OB verwies "auf die gesamte Krankenhausbranche, die sich mittlerweile in eine fast unendliche Entgeltungsvielfalt aufspaltet". Hut ab - da hat er ja schon ein Unwort des Jahres kreiert, das das fortschreitende Lohn- und Gehaltsdum-

ping in zahlreichen Branchen so freundlich umschreibt, als wäre das was ganz Spannendes. Das RNK jedenfalls, so der OB, zahle brutto rund 100 Euro über dem ver.di-Haustarif "mit einer bekannten Krankenhauskette-AG für 2009".

Charakter-Los

Der Antwort des OB folgte eine denkwürdige Diskussion. "Ein äußerst mickriges Rinnsal an Informationen sickert aus Herrn Menzels Büro", empörte sich FDP-Sprecher von Teichman. Das sei kein Krisenmanagement, erst an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn keine Geburten im RNK mehr möglich seien. (Tatsächlich musste erst eine abgewiesene Patientin an die WZ herantreten, ehe sich Stadt und RNK auf Nachfrage dazu äußerten.) Jetzt versuche man, dem Überbringer der schlechten Nachricht den Kopf abzuschlagen. Ratscherr Johann Janssen (LAW) beklagte den Mangel an demokratischen Umgangsformen im RNK. Viele Beschäftigte hätten Angst, sich zu äußern. Joachim Ender (BASU) gibt Verwaltungsleiter Brost Mitschuld an den Ereignissen. Der Krankenhaus-Ausschuss, dem Ender angehört, sei durch den Aufsichtsrat "zur Bedeutungslosigkeit verkommen - ich bekomme nur dumme Antworten vom Aufsichtsrat und den Dezenten!" Joachim Tjaden (BASU) fragte Ursula Aljets, ob es wahr sei, dass sie zwei Briefe, die Ärzte ihr als Vorsitzende des Aufsichtsrates geschickt hatten, unbeantwortet zurückgeschickt hatte (was sie verneinte).

Auftritt Menzel: Die Wortbeiträge dieser Diskussion seien ebenso "tendenziös" wie die Zeitungsberichte. Besonders ärgert ihn, dass die WZ Informationen "von drei charakterlosen Oberärzten" veröffentlichte, die namentlich ungenannt bleiben wollten (warum wohl??!). Oh, das gab aber Aufruhr! In der Presse-Ecke noch mehr als im Rat. Vom Pressekodex "Informantenschutz" hat Menzel wohl noch nichts gehört? Und seine Mitarbeiter als "charakterlos" zu bezeichnen, entspricht wohl kaum der Fürsorgepflicht eines Arbeitgebers. ☺☺ Was einem (praktischen) Arzt dräut, der (in einem Leserbrief zum Thema RNK) seinen Namen nennt, stellte Menzel gleich unter Beweis: Dem unterstellte er, dass er wegen einer persönlichen Vorgeschichte die RNK-Verwaltung kritisiert. Johann Janssen war entsetzt, dass der OB in der persönlichen Vergangenheit seiner Widersacher forscht - "Das geht nicht!" Von Teichman fasste zusammen: "Der OB kann mit Kritik schwer umgehen, ohne zu persönlichen Verunglimpfungen zu greifen." Auf Antrag von Joachim Ender wird Menzels Bemerkung ins Ratsprotokoll und damit in die Annalen der Stadt eingehen.

Wie denn nun?

Nachdem Menzel leitende Mitarbeiter(innen) des RNK derart angegangen hatte, warf er Kritikern an den Vorgängen im RNK vor, sie würden vor allem den Mitarbeiter/innen der Klinik schaden. In Wahrheit war bisher aus allen Lagern zu vernehmen, dass das (Pflege-) Personal trotz Überlastung einen fantastischen Job macht. Im nächsten Satz sagte Menzel wiederum, das Personal sei überhaupt nicht verängstigt (der Personalrat weiß es besser). In einer Personalversammlung habe er, Menzel, 40 Minuten gesprochen und "eine Ehrenerklärung für Herrn Brost abgege-

ben". Erwartet er ernsthaft, dass verängstigte Mitarbeiter/innen in solch einer Veranstaltung offen sagen, dass es ihnen nicht gut geht?

Ein Machtwort

sprach unvermittelt CDU-Ratsfrau Biester: "Ich empfehle souveränen Umgang mit berechtigter Kritik." Der Weggang des Chefarztes sei schon Monate vor seiner schriftlichen Kündigung bekannt gewesen. "Unprofessionelle Personalführung schadet dem Krankenhaus - und nicht die Kritik daran!" Erst meldet sie sich monatelang gar nicht zu Wort und dann mit einem kurzen, prägnanten Statement - die Ratskolleg/innen waren spürbar beeindruckt.

Verpasste Chance

Um Transparenz in das RNK-Wirrwarr zu bringen, machte Ratscherr Johann Janssen (LAW) einen klugen Vorschlag: Zeitnah eine Informationsveranstaltung durchzuführen unter Leitung eine/r geeigneten Mediator/in. "Neben dem Verwaltungsleiter des RNK sollen Ärzte, Beschäftigtenvertreter, Mitglieder des Werksausschusses und des Aufsichtsrats zu den Ereignissen Stellung nehmen ... Das Ziel soll sein, Unklarheiten zu klären, Missverständnisse zu beseitigen und zu einem besseren Miteinander von Bevölkerung und Krankenhäusern zu kommen." ☺☺

Angesichts der heftigen Diskussion im Rat hätte es für diesen Antrag der LAW einen einstimmigen Beschluss geben müssen. Allen sollte doch an einer konstruktiven Lösung des Knotens gelegen sein. Doch weit gefehlt: Unterstützung erhielt Janssen nur von der BASU, den Grünen - und der FDP: Von Teichmann bekräftigte vorab Janssens Antrag. ☺ Doch mit der Mehrheit von CDU, SPD und Menzel wurde er gekippt. Entweder ist ihnen nicht daran gelegen, dass die Schiefelage im RNK offen und ehrlich aufgeklärt wird, oder ihnen ist ihre prinzipielle Ablehnung der LAW wichtiger als die Sache. Oder beides. Das sollte den BürgerInnen zu denken geben. ☺☺

Der 12-Millionen-Deal

Vor einigen Jahren kauften die Stadtwerke Wilhelmshaven (SWW) für gut 8 Mio. Euro ein 100 Hektar großes Grundstück südlich der Raffineriestraße im Voslapper Groden. Strategischer Sinn soll gewesen sein, die Hand drauf zu haben, wer sich im Umfeld des JadeWeserPorts ansiedeln darf. (Frage: Hätte sich die öffentliche Hand zu diesem Zweck nicht ein Vorkaufsrecht sichern können, statt prophylaktisch zuzuschlagen?)

Bunny Ranch

Ladys Wear



shopping deluxe

T-shirts ab 14,99
Kleider ab 29,99
Sweats ab 34,99
Schals 9,99



Mo-Fr 12:30 - 18:00
Sa 11:00 - 17:00

www.myspace.com/bunnyranchshop

NEU AM BÖRSENPLATZ

Auf diesem Geländestreifen entsteht nun die Gleisanbindung an den Containerhafen. Die baut das Land Niedersachsen und kauft den SWW die Fläche für 12 Mio. Euro (ehemaliger Kaufpreis zzgl. angefallene Zinsen) wieder ab. Unter einer Bedingung: Die Stadt gibt im Gegenzug 12 Mio. Euro in einen Topf zur Erschließung des Hafengrodens, vor allem zur Errichtung eines Güterverkehrszentrums.

Das wirft einige Fragen auf: Aus welchem Sparstrumpf zieht die Stadt, die sonst jeden 100-Euro-Schein dreimal umdreht, die so verschuldet ist, dass sie Schulen schließt und an der Miete für Bedürftige spart, plötzlich 12 Millionen Euro? Und wieso wird die Stadt in einen Deal verwickelt, den ihre formal eigenständige Tochter SWW tätigt? So eigenständig, dass die BürgerInnen üblicherweise nie erfahren, welche Geschäfte da laufen?

OB Menzel schwang die moralische Keule: Man habe sich dem Land gegenüber verpflichtet, sich in gewisser Höhe am JWP zu beteiligen. Für von Teichman, grundsätzlich Befürworter des Containerhafens, eine "dürftige Begründung". Die Stadt habe schon sehr viel in den Hafen investiert, z. B. über Planungskosten und Wirtschaftsförderung. "Brauchen die Stadtwerke frisches Geld?" Auch Tjaden äußerte Bedenken an dem Geschäft. In das auf dem Groden geplante Güterverkehrszentrum wird vermutlich ein privater Investor einsteigen. "Der macht sein Invest sicher nicht davon abhängig, ob nun der Hafengroden vom Land allein vermarktet wird oder die Stadt einen Anteil daran hat. Weder die Zahl der möglichen Arbeitsplätze noch die Höhe der Gewerbesteuern ändert sich, wenn sich die Stadt am Hafengroden beteiligt." Nicht nur Tjaden fällt es schwer zu glauben, dass das Land die Stadt mit allen Konsequenzen zu der 12 Mio.-Einlage zwingen würde.

Widersprüchlich

CDU-Sprecher Reuter wirkte bemüht, die Kritik an einem "Dreiecksgeschäft" auszuräumen. Für ihn stehen die SWW-Geschäfte und die städtische Investitionen im Hafengroden nur in einem "zeitlichen Gleichklang", der den Eindruck erwecke, es gäbe da einen Zusammenhang. Damit konterkarierte er Menzels Argumentation, dass ein zwingender Zusammenhang zwischen beiden Transaktionen bestehe.

Zurzeit, so Reuter, erwische die 12-Mio.-Investition die Stadt "auf dem falschen Fuß." Zurzeit?

Freilich muss die Stadt sich erneut bei Banken verschulden, um die 12 Mio. zu wuppen. (Eine früher für den Hafen gebildete Rücklage wurde vor einigen Jahren aufgelöst.) Bei einer Abtragszeit von 12 Jahren kommen so nach Tjadens Berechnung 15 Millionen zusammen. Tjaden hätte gern verlässliche Zahlen dazu, ob die Investition wirklich "rentierlich" ist. Auch die Grünen waren nicht überzeugt (Ratsfrau Lach: "Wir sind neu im Rat und wissen so wenig") und enthielten sich bei der Abstimmung, die mehrheitlich für die 12-Mio.-Investition und auch den entsprechenden Nachtragshaushalt ausfiel.

Fristenregelung

Wenn ein Ratsmitglied den Einsendeschluss für einen dreizeiligen Antrag zur Ratssitzung verschwitzt, kennt die Verwaltung keine Gnade. Umgekehrt zeigt sie sich aber großzügig:

Erst 5 Tage vor der Sitzung lagen die Unterlagen zu den Bebauungsplänen für den Hafengroden und den Heppenser Groden Nord, viele Zentimeter Gutachten, in den Ratsfächern. Unmöglich, sie für eine fundierte Entscheidung ausgiebig zu studieren - die BASU beantragte deshalb, die Beschlüsse zu vertagen. Dezernent Stoffers räumte zwar ein, dass das nicht gut gelaufen war, aber es sei eine Ausnahme und man habe doch die "Wochenfrist fast eingehalten". Der OB drängelte, der B-Plan 211 sei "eilbedürftig", das habe ihm JadeWeserPort-Geschäftsführer Kluth gesagt. Dezernent Kottek meinte, "die Fachgutachten werden ohnehin die Wenigsten verstehen". Oha - ist das als Kränkung zu verstehen - oder als bittere Wahrheit? Umso ärgerlicher, wenn die wenigen, die sich wirklich mit den Unterlagen beschäftigen und sie auch verstehen, keine Chance haben, sie zu lesen. Tjaden wies darauf hin, dass die Gutachten Teil der Beschlussvorlage sind. Doch so vernünftig es auch klingt, dass Ratsleute wissen sollten, wofür sie die Hand heben - Tjadens Antrag auf Vertagung wurde mehrheitlich abgelehnt. ☹ Folgerichtig nahm die BASU an den Abstimmungen über die betreffenden Tagesordnungspunkte nicht teil.

Arbeitsplätze! Arbeitsplätze!

Mehrheitlich wurde die Aufstellung des Bebauungsplans zum Hafengroden beschlossen, auf dem die 12 Mio. investiert werden sollen. Im Mittelpunkt der Begeisterung stand besagtes Güterverkehrszentrum (GVZ), das nach Aussage des Bauausschussvorsitzenden Norbert Schmidt bis zu 2.600 Arbeitsplätze bringt. "Wenn es 1.500 werden, ist es auch gut - das ist ein Riesenschritt für unsere Region". (Und ein kleiner Schritt für die Menschheit). Durch das GVZ sind allerdings eine Menge zusätzliche Verkehre zu erwarten. Dabei müssten, so Schmidt, die Belange von Natur und Mensch geschützt werden. Er zählte sogar die sechs europarechtlich geschützten Vogelarten im Voslapper Groden auf (an der flüssigen Aussprache von "Tüpfelsumpfhuhn" müssen wir noch arbeiten!). ☺ Die Notwendigkeit einer zweiten Lärmschutzwand sei vielen Bürgern nicht zu vermitteln (den Betonköpfen wohl eher im Hinblick auf den Schutz der Voslapper AnwohnerInnen). Tjaden empfahl: "Machen Sie das Richtige - aber ohne uns!", da er ja ohne zeitlichen Vorlauf für die Unterlagen nicht mitstimmte. Ratsherr Rech (CDU) wunderte sich, dass Tjaden sich überhaupt beteiligte, wo er doch gegen den Hafen sei. Jeder hat eben ein anderes Demokratieverständnis. Bei erwarteten 5.500 Fahrzeugen pro Tag, so Rech, müsse man Bürger und die "sechs Vogelsorten" vor den Geräuschmengen schützen. Ratsherr Janssen erinnerte, dass schon der Hafenbau als solches "Naturzerstörung für Flora, Fauna und Mensch" bedeutet. Für OB Menzel zählt, "Menschen in Lohn und Arbeit zu bringen". Die Natur solle man respektieren, "da wo es geht".

Auch die Bebauung des Heppenser Grodens zwischen Maade und Kläranlage wurde mehrheitlich auf den Weg gebracht.

Grenzwertig

Mehrfach haben wir darüber berichtet, dass die Mietobergrenzen für Hartz IV-Empfänger in Wilhelmshaven falsch berechnet waren und dann per Gerichtsbeschluss heraufge-

setzt wurden. In einer kleinen Anfrage wollte Ratsherr Janssen (LAW) wissen, ob und wie die Betroffenen darüber unterrichtet wurden. Das beantwortete Dezernent Jens Stoffers wie folgt: Mit Schreiben vom 24.06.2009 sei der Geschäftsführer des Job-Centers Wilhelmshaven, Herr Burkert, über die neuen Miethöchstbeträge informiert worden. Durch ein mit dem Job-Center abgesprochenes Verfahren sei sichergestellt, dass bei allen Personen/Bedarfsgemeinschaften ab 01. Juli 2009 die neuen Miethöchstbeträge berücksichtigt werden. "Wegen des hohen Verwaltungsaufwandes läuft das Verfahren so ab, dass eine Anpassung immer mit Ablauf des aktuellen Bewilligungsabschnittes erfolgt, aber dann auch rückwirkend zum 01.07.2009. Werden Akten bereits vor Ablauf des Bewilligungsabschnittes aus anderen Gründen bearbeitet, erfolgt die Anpassung sofort. Gleiches gilt für die Fälle von Grundsicherungsleistungen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wilhelmshaven. Nach Umsetzung des neuen Konzeptes werden dann 90% der SGBII-Kunden Miete zahlen, die innerhalb der Mietobergrenze liegen. Das neue Verfahren ist in der letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vor der Sommerpause am 28.05.2009 den Mitgliedern des Ausschusses vorgestellt worden. An dieser Sitzung hatte auch der Chefredakteur der WZ teilgenommen; ein entsprechender sehr ausführlicher Pressebericht ist am 30.05.2009 in der WZ erschienen. Die Miethöchstbeträge selbst sind der WZ nicht mitgeteilt worden. Zunächst soll eine Information der städtischen Gremien erfolgen. (Sozialausschuss am 27.08.2009)"

Plusminuswievie!

Die LAW wollte wissen, ob das Konjunkturpaket II in der Lage ist, den Einbruch der Gewerbesteuer aufzufangen. Dezernent Heiko Hoff bestätigte zunächst die Tendenz in Wilhelmshaven: In 2007 betrug die Gewerbesteuer brutto 47,3 Mio. €, 2008 nur noch 24,1 Mio. €, 2009 21,5 Mio. €. Aktuell sei aber nicht mit einem drastischen Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen zu rechnen. In der Tat käme es in diesem Jahr bei den Kommunen insgesamt zu deutlichen Einbrüchen bei der Gewerbesteuer, allerdings sehr unterschiedlich und bestimmt durch die jeweils vorherrschenden Wirtschaftszweige. Stark negativ betroffen sei der Finanzsektor oder auch die chemische Industrie. "Andere Kommunen wie z. B. Husum als ein Zentrum der Windkraftbranche sind von der negativen Entwicklung weitgehend verschont geblieben." Was lernen wir daraus?

In die Stadt WHV fließen aus den Konjunkturprogrammen I und II 11,0 Mio. € und auch 5,9 Mio. € an die Fachhochschule, das Institut für Vogelforschung sowie das Marinemuseum. "Die Verluste der Gewerbesteuer gegenüber den Jahren 2007/2008 wirken sich auf die laufende Rechnung (Ergebnishaushalt) aus. Sie bleiben auf dem niedrigen Niveau, bis die heimische Wirtschaft die Folgen der Wirtschaftskrise überwunden hat und sich deren Ertragslage verbessert, was auch durch die Inbetriebnahme des JadeWeserPorts erwartet wird." Insofern sei ein Vergleich der Zahlen aus Konjunkturpaket und Gewerbesteuer nicht möglich. Aha. ☐

Kein Güterverkehrszentrum?

Ohne GVZ ist der JadeWeserPort nur eine Kaikante

Bisher waren sich alle einig, dass der JWP als Selbstläufer nicht nur den Hafengroden, sondern auch noch den Voslapper Groden Süd und alle anderen Gewerbe- und Industrieflächen im Raum Wilhelmshaven wie von selbst mit florierendem Gewerbe füllen wird. Die privaten Betreiber solcher ansiedlungswilligen hafenauffinen Betriebe stünden, so war immer wieder gebetsmühlenartig erklärt worden, schon Schlange.

Am 19.08.2009 musste der Rat der Stadt als Koppelgeschäft für einen Grundstücksverkauf der Stadtwerke Wilhelmshaven an das Land Niedersachsen nun eine Zusage zu einer 12 Mio.-Investition verabschieden und tat dies mit den Stimmen von SPD und CDU auch tatsächlich.

Wer die beschlossene Vorlage der Verwaltung genauer liest, stellt sich nicht nur die Frage, woher die überschuldete Stadt diese 12 Mio. Euro nehmen wird, sondern auch noch eine ganz andere.

Die Beschlussvorlage Nr. 206/2009 mit Datum vom 13.08.2009 lautet: *Beitrag der Stadt Wilhelmshaven für Infrastrukturmaßnahmen im Zuge der Realisierung / des Betriebes des JadeWeserPort einschl. Güterverkehrszentrum (GVZ)*

Auf den ersten Blick sollen die 12 Mio. Euro in die Infrastruktur, also in die reine Herstellung von Flächen, gesteckt werden. In der Begründung heißt es weiter:

Die Stadt Wilhelmshaven beteiligt sich, vorbehaltlich der Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009/2010 durch die Kommunalaufsicht, bis zu einer Höhe von maximal 12 Millionen Euro an den Herstellungskosten der Infrastruktur des Hafengrodens einschl. eines Güterverkehrszentrums.

Nicht jedem Bürger sind die Begriffe Infrastruktur und Suprastruktur geläufig. Der Unterschied kann für den JadeWeserPort vereinfacht so erklärt werden:

Infrastruktur- Öffentliche Angelegenheit

Für eine ansiedlungswillige Firma stellt die Stadt eine Fläche zur Verfügung und schließt das Grundstück an den öffentlichen Straßenraum, das Energienetz und die Abwasserleitungen an. Auch baut die Stadt bei größeren Grundstücken die nötigen Straßen.

Suprastruktur- Angelegenheit der Firmen:

Auf diesem erschlossenen Grundstück werden von dem Betrieb die nötigen Gebäude erstellt. Auch sorgt der Betrieb für den Anschluss seiner Gebäude an Straßen, Energieversorgung und Abwasserkanal.

Eine Investition aus öffentlichen Kassen in die Suprastruktur ist ganz klar eine unerlaubte Subvention.

Beim Hafengroden handelt es sich um eine Fläche, die vom Land Niedersachsen durch Aufspülung hergestellt wird. Dieser Hafengroden muss, wenn er vom Land fertiggestellt wurde, noch an das Straßennetz angeschlossen und auf der Fläche müssen Straßen und Wege hergestellt werden.

Es fehlen dann noch die Anschlüsse für Strom, Wasser und Abwasserkanal. Die Kosten für diese Anschlüsse sind schon in anderen Haushalten eingestellt (etwas über eine Mio. Euro z.B. stehen für den Kanalanschluss des Hafengrodens im Haushalt der WEB).

Demnach müssten, wenn die Gelder nur in Infrastrukturmaßnahmen gehen sollen, die 12 Mio. Euro der Stadt und ein etwa gleich hoher Betrag des Landes, zusammen dann 22 - 24 Mio. Euro, in die Straßenzufahrt und die Erschließungsstraße fließen. Selbst wenn man dabei sehr großzügig mit den Geldern umgeht, dürften dafür wohl 2 - 4 Mio. Euro ausreichend sein.

Und spätestens jetzt muss dem aufmerksamen Bürger ein Licht aufgehen. Laut Beschluss sollen die Gelder für Herstellungskosten der Infrastruktur des Hafengrodens einschl. eines Güterverkehrszentrums verwendet werden. Ganz aktuell stellt eine Pressemitteilung die städtische Investition in den Hafengroden und ein GVZ noch weiter auf den Kopf. Die städtischen Millionen sollen bekanntlich über eine neue Gesellschaft und dann in Zusammenarbeit mit der JWP-Immobilien-Gesellschaft ausgegeben werden.

Da gibt es aber auch noch die JadeWeserPort Logistik Zone GmbH, die sich (auch) mit der Vermarktung des Hafengrodens beschäftigt und sich nun in einer Pressemitteilung äußert. Auf dem Weg zu einem Güterverkehrszentrum (GVZ) beim JadeWeserPort ist die Logistics Zone GmbH nach der Pressemitteilung einen wichtigen Schritt vorangekommen: Seit wenigen Tagen ist das Unternehmen Mitglied in der deutschen GVZ-Gesellschaft (DGG). Außerdem verspricht sich Logistics-Zone-Geschäftsführer Jens Briese einen Vorteil bei der Vermarktung der Flächen auf dem 160 Hektar großen Hafengroden hinter dem Containerterminal. Ab 2011 soll gebaut werden. Hat die Verwaltungsspitze davon tatsächlich auch nichts gewusst?

Aber zurück zur Vorlage: Wer Vorlagen der städtischen Verwaltung, besonders solche aus der Kämmerei, kennt, liest hier einen ungewohnt nicht eindeutigen Text.

Aber warum? Die Antwort kann ganz einfach sein: Der JadeWeserPort wird zwar gebaut, aber die angeblichen Schlangen privater Investoren gibt es nicht.

Wenn aber auf dem Hafengroden gar nichts passiert, ist der JWP für jeden Bürger

als absoluter Reifall klar zu erkennen. Damit die Bürger dies nicht merken, wollen nun Land und Stadt in die Bresche springen und auf dem Hafengroden selbst ein Güterverkehrszentrum entwickeln und betreiben. Wie schon beim Bau des JadeWeserPorts, der eigentlich mindestens zu 50% aus privaten Mitteln finanziert werden sollte und dann ein 100%-Steuerghafafen wurde, wird jetzt in gleicher Weise aus den angeblich vielen privaten Investoren ein einziger öffentlicher Investor.

Damit wird auch verständlich, warum der OB in der Ratssitzung schon einmal durchblicken ließ, dass man wohl noch eine neue Gesellschaft gründen müsste. Diese neue Gesellschaft braucht man aber nur, wenn die Gelder außerhalb des Aufgabenbereiches der schon längst gegründeten JWP-Grundstücksvermarktungsgesellschaft verwendet werden sollen. Auch das deutet mehr als deutlich darauf hin, dass die 12 Mio. nicht in Infrastruktur und Vermarktung fließen werden, sondern in Bau und Betrieb des viel gelobten GVZ.

Und der Rat der Stadt Wilhelmshaven kann jetzt nicht einmal mehr Einfluss nehmen. Wenn der OB zusammen mit dem Land ein Güterverkehrszentrum plant, baut und später auch betreiben will, hat ihm der Rat der Stadt Wilhelmshaven dafür alle nötigen Beschlüsse und Gelder schon genehmigt.

Wie man die Sache auch dreht und wendet, aus der Höhe der Beteiligung der Stadt, der präzise ausgedachten Wortwahl des Beschlusses und der dazugehörigen Begründung kann man zu keinem anderen Ergebnis kommen. Die 12 Mio. Euro der Stadt plus 12 Mio. Euro des Landes können unmöglich nur für Infrastruktur auf der kleinen Hafengrodenfläche Verwendung finden.

Sollten wir schon einmal das GVZ-Bauschild in Auftrag geben?

**Hier bauen
die Stadt Wilhelmshaven und
das Land Niedersachsen
für Sie das
Oberbürgermeister-Eberhard-Menzel-
Güter-Verkehrs-Zentrum
und ein EBI Zentrum für Logik**

Das kann nicht sein? Der Schlusssatz der Begründung lautet: *Es gibt zwischen Stadt und Land Überlegungen, den Betrag mit weiteren Mitteln zur Herstellung der Infrastruktur des Hafengrodens und zu ersten Planungen für ein Güterverkehrszentrum zu verwenden.*

Die städtische Gesellschaft Nr. 51 wird si-



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438

Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

cher ein echter Gewinnbringer für die Stadt.

Schließlich muss man bei all dem nicht vergessen, dass hier 2.700 neue (städtische) Mitarbeiter neue Arbeitsplätze finden. Und die Hochrechnungen der kommunalpolitischen Vertreter von CDU und SPD schaffen sogar mehr als 5.000 Arbeitsplätze.

Um die JWP-Pleite zu komplettieren, fehlt nur noch, dass die Eurogate den Betrieb des JWP im Jahr 2012 nicht aufnehmen will.

Dann müsste auch hier die öffentliche Hand einspringen und das Land Niedersachsen rund 350 Mio. Euro für Umschlagbrücken und VAN-Carrier in ihren Haushalt stellen. Natürlich würde das Land dann auch gleich Terminalbetreiber des JWP.

Die Begründung des hierzu nötigen Beschlusses könnte dann wie folgt lauten:

Auf Grund der Weltwirtschaftskrise kann die Eurogate nicht rechtzeitig zur Inbetriebnahme des JadeWeserPorts ab dem Jahr 2011 rund 350 Mio. Euro in die Suprastruktur des JadeWeserPorts investieren und hat von seiner Ausstiegsklausel Gebrauch machen müssen. Es kann nicht im Sinne des Landes Niedersachsen sein, die Hafentflächen des Landes auf dem JWP längere Zeit ohne Umschlag ruhen zu lassen.

Da es sich um ein herausragendes Projekt für das Land Niedersachsen handelt, mit welchem bis zu 5.600 Arbeitsplätze verbunden sind, muss das Land Niedersachsen die Inbetriebnahme des JadeWeserPorts im Jahr 2012 mit allen Mitteln sicherstellen.

Dies ist auch für die strukturschwache Region Wilhelmshaven von herausragender Bedeutung. Eine 10%ige Beteiligung der Stadt Wilhelmshaven wurde zwischen Stadt und Land vorbehaltlich der Genehmigung des Landeshaushaltes fest vereinbart.

Aber ich möchte hier nicht vorwegnehmen, was vielleicht in 2 Jahren bittere Wahrheit sein könnte.

Joachim Tjaden

WUP-di-wupp genehmigt

Ausnahmegenehmigungen für die Raffinerieerweiterung erteilt

(jm) Wie nicht anders zu erwarten, haben der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) eine großzügigere Einleiterlaubnis von Betriebsabwässern und das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg (GAA) die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des von der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft mbH (WRG) beantragten Wilhelmshaven Upgrader Projects (WUP) erteilt.

Die Gegenanträge der am Planfeststellungsverfahren beteiligten Verbände BUND und LBU zum WUP-Antrag wurden abgelehnt; darunter auch die Ausnahmegenehmigung

- nach § 21 der 13. BImSchV für den NO₂-Grenzwert an den Schornsteinöffnungen der Wasserstoffierungsanlagen

- wegen der erheblichen Beeinträchtigung des Vogelschutzgebietes Voslapper Groden-Nord.

Bezüglich der Stickoxidemissionen der beiden Wasserstoffierungsanlagen hatten die o.a. Umweltverbände folgendes angeführt:

➤ *Der Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gem. § 21 BImSchV wegen Überschreitung des NO₂-Emissionsgrenzwertes von 100 mg/mN durch die Wasserstoffierungsanlagen 1 und 2 ist abschlägig zu bescheiden, weil die*

- beiden Anlagen eine Schadstoffmenge von je 187.464 kg NO₂ jährlich emittieren, die sich wegen der verhältnismäßig geringen Schornsteinhöhen von je 40 Metern nicht durch weiträumige Ausbreitung verdünnen kann wie zum Beispiel die aus den ca. 200 Meter hohen Schornsteinen der Kamine West und Ost. Da die beiden relativ zu ihrem Schadstoffausstoß sehr niedrig bemessenen Schornsteine auch noch dicht beieinander stehen (und evtl. als ein Sammelschornstein einzustufen sind), können sich die dadurch auf einen begrenzten Raum beschränkten Rauchfahnen auch noch überlagern und die Immissionswerte verdoppeln. Dies dürften Mensch und Tier bei Inversionswetterlagen auch zu spüren bekommen, zumal neben der vorhandenen Vakuum-Destillationsanlage sechs weitere neue Niedrighschornsteine zur Immissionsbelastung im näheren Umfeld der Raffinerie beitragen sollen,

- Rauchgasreinigung Stand der Technik ist.

Für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung wurde von dem GAA der o.a. § 21 (Messstellen) der 13. BImSchV herangezogen, in dem es heißt:

Der Betreiber einer Feuerungsanlage hat zur Feststellung der Emissionen, für die Grenzwerte in dieser Verordnung festgelegt sind, Messstellen nach näherer Bestimmung durch die zuständige Behörde einzurichten.

Die Einrichtung der Messstellen muss technisch einwandfreie und gefahrlose Emissionsmessungen gewährleisten.

Rätselhaft bleibt, welche administrativen Gesetzeskommentierungen es der GAA erlaubt haben, aus dem § 21 eine Ausnahmegenehmigung zur Überschreitung des NO_x-Grenzwertes zu konstruieren. Mit dem § 21 allein lässt sich die erteilte Ausnahmegenehmigung jedenfalls nicht plausibel begründen. Wenn man zudem bedenkt, dass die Rauchgasreinigung längst praktizierter Stand der Technik ist, dann ist diese Ausnahmegenehmigung für zwei Großfeuerungsanlagen mit

einer Feuerungswärmeleistung von 311 MW (das ist fast die halbe Leistung des E.ON-Kohlekraftwerks) schon ein Hammer.

- Bezüglich der Beeinträchtigung des Natur- und Vogelschutzgebietes Voslapper Groden Nord folgt das GAA den Argumenten der WRG, die in ihrem WUP-Antrag – auf einen gemeinsamen Nenner gebracht – das öffentliche Interesse an der Ergänzung der Raffinerie um weitere Produktionsanlagen auf dem Raffineriegelände dargelegt hat.

Dagegen wurden seitens der Umweltverbände auch keine Einwände erhoben. Wohl aber gegen den vermeidbaren Lärm, der von den Bauarbeiten, dem Betrieb der Anlagen, dem sog. "Koks Handling" und dem Werksverkehr in unmittelbarer Nachbarschaft zum Naturschutzgebiet Voslapper Groden Nord ausgeht.

Das wollen die Umweltverbände nicht hinnehmen und beantragten:

➤ *Die Ramm- und Bohrarbeiten sind während der Brutzeit der Vögel zu untersagen. Das NSG Voslapper Groden Süd ist jetzt schon durch den Bau des JadeWeserPorts und seiner Verkehrsanbindungen sowie des Electrabel-Kraftwerks (hinzukommen wird u.a. noch die Ertüchtigung der Niedersachsenbrücke) total verlärm, sodass die Vögel nur noch in das NSG VGN ausweichen können, um die nötigste Nestruhe zu finden.*

➤ *An der Grenze zwischen dem WRG-Betriebsgelände und dem NSG VGN ist vor Beginn der Baueinrichtungsarbeiten ein geeigneter Lärm-, Staub-, Licht- und Sichtschutz zu errichten.*

➤ *Es ist ein realistischer Immissionsradius für die Staub- und Geruchspartikelemissionen aus der Koksproduktion zu errechnen, diese in die verschiedenen Emissionsausbreitungsmodelle einzubeziehen und die Werte an den Immissionsaufpunkten neu zu berechnen.*

Ob sich die Umweltverbände auf ein sehr kostspieliges Widerspruchsverfahren mit anschließendem Klageweg einlassen werden, ist noch nicht entschieden.

Übrigens: Der Eigentümer der WRG – der US-Ölkonzern Conoco Phillips – der ursprünglich eine Entscheidung über die Realisierung der Raffinerie-Erweiterung schon für den 15. Juli dieses Jahres avisiert hatte, ziert sich noch und hält die Spannung aufrecht. □

Minicar Dirks
☎ **772211**



Wir helfen mit, die Umwelt zu schonen: Die Hälfte unseres Fuhrparks fährt auf Erdgas bzw. LPG.



Ökologischer Zukunftshafen

Der Landstromversorgung am JWP liegen Hindernisse im Weg

(jm) Schlagzeilenträchtig verkündete der Geschäftsführer der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft Axel Kluth, dass der JadeWeserPort (JWP) in ökologischer Hinsicht ein Zukunftshafen werden solle. Dazu erklärte er anlässlich eines Besuchs des Nds. Umweltministers Hans-Heinrich Sander an der Jade Ende Juli, dass schon beim Bau die Voraussetzungen dafür geschaffen würden, dass Schiffe mit Landstrom versorgt werden könnten und nicht mehr ihre Maschinen laufen lassen müssten.

Ob es sich bei den besagten Voraussetzungen um mehr handelt als um die rechtzeitige Verlegung von Leerrohren auf dem Hafengroden, bevor der aufgespülte Sand unter einer Asphalt- bzw. Betondecke verschwindet, bleibt dabei offen. So ist z.B. nicht bekannt, ob Herr Kluth von Herrn Sander schon mal damit beauftragt worden ist, zu sondieren, welche Anschlusstechnik für die Einspeisungen in die unterschiedlich ausgelegten Stromnetze der Schiffe am geeignetsten ist und wie man die künftigen Umschlagunternehmen und Schiffsreeder dazu bringen kann, den Landstrom auch anzunehmen. Solchen Bemühungen könnte man entnehmen, wie ernst es der Landesregierung mit ihrer als "Ökologischer Zukunftshafen" titulierten Option tatsächlich ist.

Inzwischen kann niemand mehr die Augen davor verschließen, dass die Schifffahrt durch ihr Wachstum sowie den Einsatz hochgiftiger Brennstoffe inzwischen zum größten Umweltverschmutzer in Europas Küstengewässern aufgestiegen ist. Die Freiheit der Meere und die Flaggenimmunität erlauben es den Reedern immer noch, schwimmende Müllverbrennungsanlagen zu den Häfen zu schicken. Und falls sich die Vorhaben und Prognosen für die Zukunft des "einzigsten deutschen Tiefwasserhafens" bewahrheiten sollten, wird sich solcherart Schiffsverkehr auf der Jade allein schon durch die Containerschiffe verzweieinhalbfachen. Hinzu kommen Flüssiggastanker für die NWO, mehr Kohlefrachter für die Niedersachsenbrücke, weitere Öltanker für die WRG. Außerdem hat die E.ON-Ruhr-gastochter DFTG eine Genehmigung für eine Umschlaganlage für Flüssiggastanker.

Bereits Mitte Dezember letzten Jahres hatten sich 10 Wilhelmshavener Umweltvereinigungen zusammengetan und an die Landesregierungen von Niedersachsen und Bremen, die JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft sowie die künftigen Terminalbetreiber Eurogate und Maersk einen Brief mit folgendem Inhalt gerichtet (Auszug):

"Eine Möglichkeit zur Emissionsminderung besteht bei den Schiffen, die zukünftig in Wilhelmshaven am JWP festmachen sollen: Indem sie ihre Hilfsdiesel (Motorgeneratoren) an Bord während der Hafenziegezeit abschalten und stattdessen ihren benötigten Strom von Land beziehen.

An der JWP-Kaje wird mit jährlich rund 2.000 Schiffsankünften gerechnet. Zum Vergleich: Im Jahre 2007 liefen Wilhelmshaven insgesamt 1.313 Tanker und Trockenfrachter an.

Zwar müssen ab 2010 lt. EU-Richtlinie 2005/33/EG alle Schiffe, die in einem EU-Hafen liegen, Schiffstreibstoffe mit 0,1% Schwefelgehalt verwenden. Doch zum Vergleich: An deutschen Tankstellen gibt es keine Kraftstoffe mehr, die mehr als 10 ppm bzw. 0,001% Schwefel enthalten. Mithin dür-

fen Schiffe in EU-Häfen nach 2010 immer noch 100mal schwefelhaltigere Treibstoffe einsetzen als die Kfz auf unseren Straßen.

Noch krasser ist die Diskrepanz zwischen Kfz-Kraftstoffen und dem gemäß Internationalem Übereinkommen zur Verhütung von Meeresverschmutzungen durch Schiffe (MARPOL) einzuhaltenen Schwefelanteil (von 4,5% weltweit bzw. 1,5% für Nord- und Ostsee. Dieser soll in diesen als "Sulphur Emission Control Areas" (SECAs) bezeichneten Gebieten bis 2010 auf 1 Prozent und bis 2015 auf 0,1 Prozent sinken.

Für die Meeresgebiete außerhalb von Nord- und Ostsee soll der zulässige Schwefelgehalt von derzeit 4,5 Prozent bis 2012 auf 3,5 und bis 2020 auf 0,5 Prozent gesenkt werden. Der Beschluss des zuständigen IMO-Ausschusses "Maritime Environmental Protection Committee" (MEPC) soll zwar 2010 in Kraft treten, muss aber erst noch gefasst werden! Doch noch sei nicht genau abzusehen, ob Treibstoff mit einem derart geringen Schwefelanteil in ausreichenden Mengen verfügbar sein wird. Die neuen Regeln würden deshalb 2018 noch einmal auf ihre Umsetzbarkeit überprüft.

Übrigens hat die EU für die emittierten Stickoxide, Feinstäube, die darin enthaltenen Schwermetallen und VOC keine Grenzwerte festgelegt – auch nicht für die Lärmemissionen.

Wir stellen fest:

Durch die landseitige Stromversorgung der an der JWP-Stromkaje liegenden Containerschiffe kann eine der zusätzlichen - durch die Hafens-, Kraftwerks- und Industrieausbauten - auf die Jade-Region zukommenden Lärm- und Schadstoffbelastungen unterbunden werden.

In der Gesamtbilanz wird von einer Reduktion von bis zu 90% durch die schärferen Abgasregulierungen von Landkraftwerken ausgegangen. Durch den angestrebten vermehrten Einsatz von Ökostrom ließe sich die Reduktionsbilanz weiter Richtung 100% erhöhen!"

An die Stadt Wilhelmshaven haben sich die Vereinigungen übrigens nicht gewandt, weil unser OB Eberhard Menzel zuvor schon klargemacht hatte, dass die Stadt von der Landstromversorgung für Schiffe nichts hält. So führte er u.a. in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der LAW an, dass es "...fraglich (sei), ob die landseitigen Energiekapazitäten überhaupt ausreichen, um die Schiffe mitzuversorgen. 'Eventuell müssten noch mehr Kraftwerke gebaut werden.'" (WZ, 11.10.08) Der gleiche Unsinn sieht sinngemäß im Jahresbericht 2006/2007 des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe.

Die Angeschriebenen, die – bis auf Eurogate und Maersk – alle antworteten, schlugen durchweg einen freundlichen Ton an – in der Sache kam aber nichts Konkretes dabei heraus.

So schrieb der damalige Nds. Verkehrsminister Walter Hirche u.a.:

Das Thema ist mir grundsätzlich bekannt. Unbestritten wäre die Landstromversorgung die derzeit beste Möglichkeit, die Emissionen in Häfen deutlich zu reduzieren. Auch technisch wäre diese Lösung im JadeWeserPort möglich, gerade auch vor dem Hintergrund der in Wilhelmshaven vorhandenen und entstehenden Kraftwerke. Problematisch bleiben allerdings die bereits von Ihnen angesprochenen vergleichsweise hohen Aufwendungen für die Investitionen und die Kosten für den Verbrauch. Nach hier vorliegenden Erkenntnissen ist eine Refinanzierung bisher nicht ansatzweise möglich.

Axel Kluth berichtete darüber hinaus, dass *"... wir diese Möglichkeit bei uns ernsthaft hinsichtlich einer wirtschaftlich möglichen Umsetzung prüfen, was natürlich auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme durch im JWP abzufertigende Containerschiffe einbeziehen muss.*

Sobald uns entsprechende Erkenntnisse, auch aus den genannten Häfen, vorliegen, kann über diese Thema berichtet werden."

Der Bericht steht allerdings noch aus, woraus zu schließen ist, dass besagte Erkenntnisse noch nicht erarbeitet wurden.

Das Thema Schiffsemissionen verbleibt jedoch schon wegen laufend neuer Entdeckungen auf der Tagesordnung:

● Aus dem Auftragsgutachten "Immissionsprognose Luftschadstoffe" für die Raffineriebetreiberin WRG, die der TÜV Nord im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens "Wilhelmshaven Upgrader Project" (WUP) erstellt hat, geht hervor, dass ein Teil des Voslapper Grodens durch Schadstoffe, die von Schiffsabgasen herrühren, maßgeblich belastet wird. Wörtlich heißt es darin:

"Für den Voslapper Groden Nord bzw. für den Voslapper Groden Süd wurden die maximalen Immissionsbeiträge durch die WRG dargestellt. Diese maximalen Werte treten jeweils an den Grundstücksgrenzen im Norden und Süden auf. Maßgeblich für die Belastung mit NO₂ und SO₂ im Beurteilungsgebiet sind die Schiffsemissionen."

● Kürzlich meldete die "Tageszeitung" (15.08.09):

In der Schwerölbranche wimmelt es von skrupellosen Schwindlerfirmen, berichtet Knut-Helge Knutsen der norwegischen Technikzeitschrift Teknisk Ukeblad. Diese ließen sich von der Industrie gut dafür bezahlen, dass sie deren Öl- und Chemieabfälle abnehmen.

Die mischten sie dann in das Schweröl und könnten statt der ursprünglichen Menge von beispielsweise 10.000 Tonnen auch gleich noch für 10.500 Tonnen abkassieren. Dass aus dem ohnehin giftigen Schweröl danach ein noch viel problematischerer Giftcocktail entstanden ist, interessiert nicht nur diese Firmen nicht, sondern auch die zuständigen Behörden bislang viel zu wenig."

Die 10 Wilhelmshavener Umweltvereinigungen werden am Ball bleiben. Um in dieser Angelegenheit etwas bewegen zu können, muss es ihnen gemeinsam mit weiteren hiesigen Bürgerinnen und Bürgern in einem ersten Schritt gelingen, einen Großteil unserer Ratsvertreter davon zu überzeugen, dass die Stadt ihre passive Haltung zugunsten eines aktiven Einsatzes für den Anschluss der Schiffe an eine Landstromversorgung aufgibt. □

leserbrief

“Flashmob” in der Nordseepassage

Man muss nicht unbedingt verstehen, was diese Bezeichnung zu bedeuten hat – man muss auch nicht unbedingt den Sinn eines solchen Geschehens erkennen, ohne gleich als taub und blind zu gelten.

Man muss sich auch nicht unbedingt aktiv an solchen Aktionen junger Menschen beteiligen, aber machen sollte man sie doch schon lassen, und das Ganze locker als das betrachten, was es ist, nämlich als Ausdruck von Lebensfreude oder auch Gesellschaftskritik – ganz einfach Abbild einer sich wandelnden Kultur.

Aktionen dieser Art beleben doch jedweden Konsumtempel, sie bewegen ganz einfach die Menschen, sich in diese Gebäude zu begeben. Sollte eine solche “Hereinbewegung” nicht jedes Kaufmannsherz erfreuen?

Im Centermanagement der Nordseepassage scheint jedoch kein Kaufmannsherz zu schlagen – sie scheinen auch schon ersetzt durch coole Managerantriebsorgane, die aber offenbar leider alle einen grundsätzlichen Konstruktionsmangel aufweisen – und zwar die Fähigkeit, vorausschauend zu denken.

Wenn dem nicht so wäre, dann würde man in der Führungsetage der Einkaufswelt solche Ereignisse zum Wohle des Hauses und der eingemieteten Kaufmannschaft zu nutzen verstehen. Sonst könnte das Ensemble irgendwann das gleiche Schicksal wie die Leerstandsimmobilen in der unmittel- oder mittelbaren Nachbarschaft ereilen.

Was letztendlich die ausführenden Kräfte der Securitydienste des Hauses betrifft: Über die Wertigkeit vieler dieser meist von vorausseilendem Gehorsam beseelten Befehlumsetzer braucht man sich doch in Anbetracht der deutschen oder auch Weltgeschichte nun wirklich nicht mehr den Kopf zu zerbrechen.

Ewald Eden, Edo-Wiemken-Straße 31a,
26386 Wilhelmshaven

Das Werther-Experiment

Jungen Theater wagt eine Reise in die Vergangenheit

(iz) Die Inszenierung des “Werther!” mit einem bärenstarken Axel Julius Fündeling (siehe Gegenwind 243 / April 2009) hat auch beim Jugendclub des Jungen Theaters einen tiefen Eindruck hinterlassen und die Akteure zu der Eigenproduktion “Das Werther-Fieber” motiviert. Der Begriff geht zurück auf das Auftreten einer Suizidwelle nach der Veröffentlichung von Goethes Roman “Die Leiden des jungen Werther” im Jahr 1774 (die kurzfristig zu einem Verbot des Buches führte). Kann die heutige Jugend nachempfinden, welche revolutionär-emotionale Wirkung diese Literatur auf Gleichaltrige vor 200 Jahren hatte? Und kann die Literatur - oder andere Erfahrungen - heute bei ihnen ähnliche Reaktionen hervorrufen? Um das herauszufinden, ist das “Werther-Fieber” ein spannendes Experiment.

Der erste Akt zeigt einen Literaturzirkel im Jahr 1775, dessen Mitglieder - junge Leute verschiedener sozialer Herkunft - durch die Texte der Autoren des “Sturm und Drang” nachhaltig beeinflusst werden. Auch Luise Miller (Lenja Busch) und Ferdinand von Walther (Kai Conrads) aus Schillers “Kabale und Liebe” (Uraufführung 1784), die unter der gesellschaftlichen Ächtung ihrer “nicht standesgemäßen” Beziehung litten, sind mit im Spiel. Am Ende sind es jedoch Intrigen innerhalb des eigenen Zirkels, die zum Freitod einer jungen “Werther“-Leserin führen.

Der zweite Akt spielt in einem Klassenzimmer 2009. Eine Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, Goethes Werther szenisch zu interpretieren. Durch die Interaktion lernt man sich näher kennen und auch hier entsteht eine unglückliches Liebesdreieck, das (fast) tragisch endet ...

Dem Jugendclub blieb ein sehr enges Zeitfenster für die Entwicklung dieser Produktion, mit der er sich am Wettbewerb “Schüler spielen Sturm und Drang” des ZDF-Theaterkanals beteiligt. Tapfer haben sich alle den aus heutiger Sicht sperrigen Texten und fremden Lebensentwürfen im 1. Akt gestellt. Bravourös gelang das Lenja Busch, die textlich fest im Sattel saß und damit genug Freiraum hatte, um auch spielerisch zu überzeugen. Ihre Mitspieler konnten da schwer mithalten; vor allem die Jungs schienen nicht so recht in die steifen Kostüme zu passen, und manche Kombination von Text und Geste wirkte unfreiwillig komisch. Auch vermochten einige gelesene Passagen nicht zu vermitteln, dass der Vortragende - in seiner Rolle - sich wirklich damit identifiziert. Doch als Experiment betrachtet, ist dieser 1. Akt gelungen - zeigt er doch, dass Welten die Jugend von damals und heute trennen.

Diese indirekte Botschaft wird im 2. Akt konkret: Für manchen Schüler ist es wahre Folter, sich mit den ollen Klassikern zu beschäftigen. Die attraktive Mitschülerin ist da ungleich interessanter. Hier waren die DarstellerInnen voll in ihrem Element, und nach der angespannten Konzentration im 1. Akt konnte sich ihre Spiel Freude geradezu entladen. Als Timo in lässigen Klamotten auf dem Skateboard durfte Pit Fröhlich sein komisches wie sportliches Talent austoben - bis sich am Ende die Verletzlichkeit hinter der coolen Fassade offenbart. Timo, der am wenigsten Bock hat, Goethes Werther zu interpretieren, steckt am Ende emotional am meisten im Stoff. Leider bleibt im deutlich kürzeren 2. Akt zu wenig Zeit, um die Charaktere wirklich zu entwickeln. Im 1. Akt vermisst haben wir Paul Wallner, der erst “in der Neuzeit” als Sönke dazukam - beim Kulturkarussell stellte er als “Molière” seine Wandlungsfähigkeit unter Beweis. Doch alles in allem - und erst recht vor dem

Hintergrund des Zeitdrucks, dem die Mitwirkenden einen Teil der Ferien opferten - ist das “Werther-Fieber” eine tolle Leistung - und eine zeitgemäße Form, Jugendliche interaktiv an klassische Literatur und ihre geschichtliche Relevanz heranzuführen. Wir drücken die Daumen für den Wettbewerb! □

Mitmachen: Jugendclub 15+ des Jungen Theaters

Jeden Dienstag treffen sich junge Menschen, die das Theaterspielen hautnah erleben wollen. Unter Leitung des Theaterpädagogen Frank Fuhrmann lernen die Jugendlichen verschiedene Spielweisen (klassisches Theater, Erzähltheater, Straßentheater, Performance, Theatersport) kennen. Die Ergebnisse werden öffentlich im Jungen Theater, Rheinstr. 91, und an anderen Orten präsentiert. In der Planung sind ein Shakespeareprojekt und die Fortsetzung des Austausches mit der Gruppe Victory Sonqoba Theatre Company aus Südafrika.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

KULTUR - KOMMUNIKATION



WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

www.kling-klang-whv.de
eMail Newsletter bestellen und Gewinnen
www.myspace.com/klingklang

Reparaturen
aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Rot wählen!

Je mehr wir gewinnen, desto sozialer werden die anderen Parteien, sagt Gregor Gysi. Das sehen wir auch so. Wer in den letzten Wochen im Fernsehen die politischen Talkshows gesehen hat, konnte erstaunt hören, dass die SPD (die Partei der Agenda 2010, die Hartz IV-Partei!) sich auf einmal sehr für

die sozialen Belange einsetzt. Ein Höhepunkt war Sigmar Gabriels vehementes Eintreten für einen Lohn, der die Existenz des arbeitenden Menschen sichert. Das war nach den Landtagswahlen vom 30. August, in denen die LINKE in zwei Bundesländern sehr gestärkt wurde.

Deshalb rufen wir auf: Wählt! Mit eurer Zweitstimme stärkt ihr die Landesliste Niedersachsens der LINKEN und sorgt dafür, dass die LINKE im Bundestag stärker wird.

WählerInnengemeinschaft für
Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven



Gemeinsam stark
für soziale Gerechtigkeit!

meldungen

Frauen

Für einen kleinen Eklat während des Wahlkampfes sorgte der Deutsche Frauenring/Ortsring Wilhelmshaven. Zu einer Diskussionsveranstaltung mit den Direktkandidaten des Wahlkreises 27 hatte er die Kandidatin der LINKEN, Anja Kindo, nicht eingeladen. "Wir wollten das rechte und linke Spektrum nicht dabei haben", zitierte die WZ vom 20.08. die Diskussionsleiterin Liesel Burgholte. Die Reaktion der LINKEN.Wilhelmshaven folgte umgehend: "Unverschämt", hieß es am nächsten Tag in der WZ. Und ebenso umgehend reagierte Frau Burgholte (WZ vom 22.08.): "Müssen uns nicht rechtfertigen" In Wirklichkeit ist der Deutsche Frauenring nicht so. Es ist überkonfessionell und überparteilich. Das DFR-Präsidium hat natürlich keine Berüh-

rungsängste mit der LINKEN, hat selbstverständlich deren frauenpolitische Sprecherin im Bundestag, Kirsten Tackmann, zur Feier des 60-jährigen Bestehens des DFR eingeladen, pflegt Kontakt zu allen im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, hat sich vergewissert, dass der Vorstand des Ortsrings Wilhelmshaven künftig die Überparteilichkeit wahren wird, und hofft, dass die Linke mit dem Ortsring Wilhelmshaven "ein zukunftsfähiges Verhältnis aufbauen" kann. Das hoffen die Kreisverbände Wilhelmshaven und Friesland der LINKEN auch. (noa)

Linke Tour

Bestandteil des Wahlkampfes der LINKEN ist die "Kulturtour". Diether Dehm, der Spitzenkandidat der niedersächsischen Linken, ist Künstler, und er hat weitere Künstler zur Teilnahme gewonnen. Am 19. September um 19 Uhr macht die Kulturtour Station in Wilhelmshaven. Im Fährhaus am Banter See gibt's Musik mit Diether Dehm und Michael Letz, die eigene Kompositionen und Brecht-Songs

darbieten werden, dem südamerikanischen Liedermacher Pablo Ardouin und der türkisch-deutschen HipHop-Gruppe Microphone Mafia. Der Eintritt ist frei.



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

WWW.BASU-WHV.DE

AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:

WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

IM REINHARD-NIETER KRANKENHAUS VON WILHELMSHAVEN IST ALLES „SCHICK“. Die Angestellten, Auszubildenden und sogar die Ärzte fühlen sich trotz untertariflicher Bezahlung pudelwohl. Seltsam, dass sie sich in der Öffentlichkeit nicht so äussern dürfen, wie sie möchten und seitens des Oberbürgermeisters Eberhard Menzel [SPD] sogleich in die Ecke der Miesmacher gestellt werden, wie viele andere Bürger in der kreislosen Kommune am Fäkalienbussen. Nicht gesellschaftsfähige Abtrünnige bekommen dann ihre Schubladenbezeichnungen wie: „Öffentlichkeitsarbeit“ interpretiert, als wolle „charakterlose Chefärzte“, weil sie dem OB nicht nach dem Mund reden. WENN DENN ALLES SO SCHICK IST, WARUM SPRECHEN DANN

DIE ÄRZTE UND ANGESTELLTEN EINE SO GANZ ANDERE SPRACHE, ALS DIE VERWALTUNG UND DIE AUFSICHTSRATSVORSITZENDEN? Diese Frage darf man hier gar nicht erst stellen, denn dann gerät man auf die „persönliche Fahndungsliste“ des Oberbürgermeisters, der in seiner unnachahmlichen Art klarstellt, wer hier den Ton angibt und vorzugeben versucht, wie Öffentlichkeit zu funktionieren hat. Die Kritik, und darauf sei nochmals hingewiesen, richtet sich gegen die Verwaltung und den Aufsichtsrat, der kritikresistent jede man dem Krankenhaus schaden. ALSO FRAU ALJETS: WANN VERÄNDERN SIE SICH BERUFlich? WIR HELFEN DA GERNE!

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE



URSULA ALJETS [SPD]: Die „kritikresistente“ Aufsichtsratsvorsitzende des Reinhard-Nieter Krankenhauses will sich trotz aller Kritik nicht beruflich verändern.

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!